

Außenpolitische Folgen des Coronavirus

Die Covid-19-Krise hat wirtschaftliche, soziale, politische und geopolitische Folgen, die sich unweigerlich auf zentrale Aspekte der EU-Außenpolitik auswirken werden. Dazu gehören die Beziehungen zu den Großmächten, verschiedene Aspekte der humanitären Hilfe, der Entwicklung und der Friedenssicherung sowie der Bekämpfung von Desinformation und Cyberangriffen. Außerdem hat sie die Debatte über die Zukunft des Multilateralismus, eines der vorrangigen Anliegen der EU-Außenpolitik, angeheizt. Das Parlament soll auf der Plenartagung im Juni eine Erklärung des Hohen Vertreters zu diesem Thema hören.

Multilateralismus und die Weltordnung: Abbau oder Wiederaufbau?

Die Form der Post-Coronavirus-Welt ist Gegenstand heftiger Diskussionen in Wissenschaft und Politik. Die meisten scheinen sich darin einig zu sein, dass wahrscheinlich sogar die Form selbst der Weltordnung von den Folgen der Pandemie betroffen sein wird, schon weil sie die Trends im globalen geopolitischen Umfeld, die sich bereits verstärkten, noch [beschleunigt](#) hat. Das Gefühl eines Vakuums bei der globalen Führung, die zunehmende Rivalität zwischen den Vereinigten Staaten (USA) und China, ein erweitertes und multidimensionales Bedrohungsumfeld, ein relativer Rückgang des Multilateralismus und der [Einsatz der globalen Interdependenz als Waffe](#) werden zu Merkmalen der „neuen Normalität“. Gleichzeitig halten einige Experten die Coronavirus-Pandemie für einen [Weckruf](#) für Multilateralismus und für eine dringend notwendige Reform und Neubelebung der multilateralen Zusammenarbeit, einem erklärten Ziel der EU-Außenpolitik gemäß den [politischen Leitlinien](#) der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für 2019. In einem [Kommentar](#) vom April 2020 legte der Hohe Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsident der Kommission (HR/VP) Josep Borrell seine Ansichten zu den Herausforderungen dar, mit denen es die Außenpolitik der EU in der Post-Coronavirus-Welt zu tun haben werde. Er räumte ein, dass Covid-19 die bestehende geopolitische Dynamik erhöhen und ein Test für die Stärke der demokratischen Systeme Europas sein werde, und wies darauf hin, dass die EU auf eine neue Form der Globalisierung hinarbeiten müsse, die in der Lage sei, ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen offener Märkte und wechselseitiger Abhängigkeit sowie zwischen Souveränität und Sicherheit von Ländern herzustellen. Dieser Geist wurde u. a. durch die mehrfachen Verweise auf die strategische Autonomie in den überarbeiteten Vorschlägen für den [mehrjährigen Finanzrahmen](#), die Erwähnung der [offenen strategischen Autonomie in Bezug auf den Handel](#) durch Kommissionsmitglied Phil Hogan in Bemerkungen zu seinen G20-Kollegen und in der [Rede](#) des Kommissionsmitglieds für den Binnenmarkt, Thierry Breton, im industriellen Kontext wiedergespiegelt. Die Bemühungen, die multilaterale Ordnung zu erhalten und zu reformieren, sind schon seit langem ein zentrales Anliegen der EU-Außenpolitik. Die [Eskalation](#) der Rivalität zwischen den USA und China nach Covid-19 und die politische Wende, die durch den neuen [strategischen Ansatz der USA](#) gekennzeichnet ist, schaffen jedoch ein problematischeres Umfeld. Die Intensivierung des Wettbewerbs zwischen den USA und China in den Bereichen Handel, Technologie, finanzieller Einfluss und Kontrolle von Daten, die von einigen als neuer „Kalter Krieg“ beschrieben wird, legt nahe, dass vor allem die EU in Zusammenarbeit mit gleichgesinnten Partnern die Verantwortung für die Wahrung der regelbasierten Ordnung zu übernehmen haben wird. In diesem Zusammenhang wird es vielleicht notwendig sein, den Aufbau auf Vertrauen basierender [Partnerschaften](#) für den Multilateralismus mit neuem Elan voranzutreiben. Dies wurde beispielsweise auf dem virtuellen [Gipfeltreffen EU-Japan](#) im Mai 2020 deutlich. Dies gilt insbesondere im Zusammenhang mit der Erklärung des US-Präsidenten, dass er beabsichtige, weiterhin dafür zu sorgen, dass die USA aus mehreren multilateralen Organisationen austreten und multilaterale Verträge kündigen, zuletzt hinsichtlich des Open-Skies-Vertrags und der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Ein Überdenken der Beziehungen zu China, einschließlich einer [tragfähigeren](#) China-Strategie nach Ansicht des HR/VP, wird auch ein wichtiges Anliegen der EU sein, das vom bevorstehenden deutschen [Ratsvorsitz](#) in Angriff genommen werden muss.

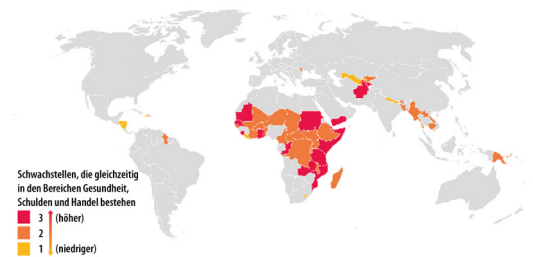
Eine anfälligeren und fragileren Welt

In seinem Kommentar betonte der HR/VP, dass die EU darauf hinwirken müsse zu verhindern, dass das neue geopolitische Umfeld negative Auswirkungen auf bestimmte Regionen der Welt, insbesondere Afrika, hat. In der Tat sei es so, dass einige der wichtigsten außenpolitischen Folgen des Covid-19 seine Auswirkungen auf die schwächsten Teile der Welt betreffen, einschließlich Konfliktregionen und der am wenigsten entwickelten Länder. Covid-19 [dürfte](#) sich unverhältnismäßig stark auf Konfliktgebiete auswirken, die Anfälligkeit der von Konflikten betroffenen Bevölkerungsgruppen erhöhen und Konflikte in Gebieten wie dem Nahen Osten verlängern, was als „Konfliktmultiplikator“ wirkt, da Feindseligkeiten im Zusammenhang mit Ressourcen unter anderem um die Sicherung des Zugangs zu lebenswichtigen medizinischen Hilfsgütern erweitert werden. Trotz der Forderung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) nach einer weltweiten Waffenruhe ist die Vertreibung von Menschen aufgrund von Konflikten nach wie vor weit verbreitet: Zwischen März und Mai 2020 wurden 650 000 Menschen infolge von Konflikten

[vertrieben](#). Da sich die Pandemie unverhältnismäßig stark auf Gesellschaften auswirkt, werden Armut und Unsicherheit (und nicht zuletzt der fehlende Zugang zu Gesundheit und Nahrungsmitteln) für die schutzbedürftigsten Vertriebenen [zunehmen](#). Gleichzeitig werden weltweit Kürzungen im Verteidigungsbereich [erwartet](#), da das weltweite Wachstum abnimmt und die nationalen Ausgaben in anderen Bereichen steigen, wodurch sich der Trend bei den weltweiten Militärausgaben im Jahr 2019, der seit 2010 den [größten](#) jährlichen Anstieg der Ausgaben aufwies, umkehren wird. Militärexperten [führen an](#), dass die Streitkräfte und militärische Allianzen in Zeiten einer globalen Krise am dringendsten benötigt werden. Die Friedenstruppen in fragilen Regionen müssen sich an die Folgen der Pandemie für den Konflikt [anpassen](#), weswegen davon auszugehen ist, dass Ressourcen benötigt werden.

Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie auf die schwächeren Volkswirtschaften [dürften](#) die Staatsführung und die Regierungen zusätzlich belasten. Bereits mehr als 90 Länder haben den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Soforthilfe [ersucht](#). Viele der finanziell am stärksten gefährdeten Länder weisen auch einige der größten [Schwachstellen](#) in ihren Gesundheitssystemen und Abhängigkeit vom Handel auf, was die Bedrohung ihrer Stabilität noch verstärkt (siehe Abbildung 1). Im April 2020 [erklärte](#) die Welthandelsorganisation (WTO), dass der Welthandel 2020 aufgrund der Pandemie mit einem beispiellosen Rückgang in einer Größenordnung von 13 % bis 32 % konfrontiert sein werde, wodurch sich das Risiko für diese Länder noch erhöhe. Einigen [Schätzungen](#) zufolge könnten bis zu 60 Millionen Menschen in extreme Armut geraten, was Auswirkungen hätte, die die Gleichstellung der Geschlechter und die Rechte der Frau ernsthaft gefährden könnten. Die Ernährungsunsicherheit in fragilen einkommensschwachen Ländern, die für Unterernährung anfällig sind, könnte zunehmen und somit eine weitere Quelle von Konflikten und Instabilität darstellen und den Bedarf an humanitärer Hilfe erhöhen.

Abbildung 1 – Geografische Verteilung der Schwachstellen, die gleichzeitig in den Bereichen Gesundheit, Schulden und Handel bestehen und für Covid-19 anfällig sind



Quelle: [Eurodad](#) auf der Grundlage der WHO Global Health Observatory (Beobachtungsstelle für Weltgesundheit), Länder-Schuldentragsfähigkeitsanalysen des IWF, Weltbank WDI, UNCTADStat.

Ein (noch) problematischeres Online-Umfeld

Die Pandemie belastet die sozialen Beziehungen und die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft, und autoritäre Regierungen ergreifen [zunehmend](#) undemokratische Maßnahmen. In vielen Ländern leidet die [Medienfreiheit](#) unter der Pandemie. Eine zunehmend digitale Welt bietet mehr Raum für die Verbreitung irreführender Nachrichten und Falschmeldungen. Seit Beginn der Pandemie haben sowohl Russland als auch China eine intensive öffentliche Kommunikation im Zusammenhang mit Covid-19 [aufgenommen](#). Beide haben ihre eigenen Methoden und Kampagnen für Falschmeldungen. Die Gesundheitskrise hat die Befürchtung [geweckt](#), dass eine Kombination aus Desinformation und einer stark geförderten Gesundheitsdiplomatie unter Verwendung lokaler Helfershelfer in Europa für eine breitere geopolitische Einflussnahme genutzt werden könnte. Die Experten sind sich auch darin einig, dass das Cyberumfeld risikoreicher wird: Europol [berichtet](#), dass die Online-Kriminalität zunehmen werde, während die Möglichkeit größerer Cyberangriffe, auch auf kritische Infrastrukturen, mit zunehmendem geopolitischem Wettbewerb [steigen](#) werde.

Beispiele für EU-Maßnahmen und Ausblick auf die EU-Außenpolitik

Am 8. April 2020 hat die EU das Paket „[Team Europa](#)“ ins Leben gerufen, das sich hauptsächlich an gefährdete Länder richtet, wobei der Großteil der Mittel für die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Ausbruchs bestimmt ist. Bisher wurden 36 Mrd. EUR [bereitgestellt](#). In der Zwischenzeit setzt die Kommission ihre Arbeit an einem [Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter](#) und an einem [Aktionsplan für Demokratie und Menschenrechte](#) in den Außenbeziehungen fort. Die Missionen und Operationen im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) wurden im Rahmen ihrer Mittel und Mandate [angepasst](#), um die Aufnahmeländer bei der Bewältigung der Gesundheitskrise zu unterstützen und ihre Einsatzfähigkeit aufrechtzuerhalten. Die EU gibt in Abstimmung mit den G7, den G20, den VN, der WHO, dem Welternährungsprogramm und anderen Stellen multilaterale Antworten auf die Auswirkungen der Gesundheitskrise. Der HR/VP hat auch zugesagt, Länder, die von [Sanktionen](#) betroffen sind, zu unterstützen, obwohl keine Sanktionen aufgehoben wurden. Am 30. Mai haben der HR/VP und die Kommissionspräsidentin die USA [nachdrücklich auffordert](#), die Beziehungen zur WHO nicht abzubrechen. Der HR/VP erkennt zwar die sich abzeichnenden Risiken an, [betrachtet](#) diese Krise aber auch als eine Chance für die EU, ein verantwortungsvoller Akteur im Bereich der Außenpolitik zu werden.

In seiner [Entschließung](#) vom 17. April 2020 hat das Europäische Parlament in Anbetracht der weltweiten Auswirkungen der Krise eine Aktualisierung der Globalen Strategie der EU und ein strategischeres Vorgehen der EU gefordert, einschließlich einer strategischen Kommunikation im Kontext der Informations-Pandemie. Es hat eine multilaterale Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Hilfe und des Wiederaufbaus im Rahmen der Vereinten Nationen gefordert und betont, dass es wichtig ist, mit den Westbalkanländern, den nächsten Nachbarländern der EU im Osten und Süden, den Partnern der EU und den Entwicklungsländern, insbesondere in Afrika und Lateinamerika, zusammenzuarbeiten und sie zu unterstützen.

